



<https://biz.li/304n>

GRUPPE CDU/FDP LEHNT MEDIZINSTRATEGIE AB: "STANDORTSCHLIESSUNGEN SIND KEINE STRATEGIE FÜR DIE ZUKUNFT"

Veröffentlicht am 23.03.2023 um 13:12 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Ein Schiff mit drei Kapitänen ohne verlässliche Karte und ein Kompass, der sich im Kreis dreht", so beschreibt der stellvertretende Vorsitzende der Gruppe CDU/FDP Oliver Brandt die Situation bei der Klinikum Region Hannover GmbH (KRH) hinsichtlich der Medizinstrategie 2030. Nachdem Ende vergangenen Jahres die ersten Informationen zur Medizinstrategie 2030 der KRH an die Öffentlichkeit gedrungen sind, hat die Gruppe CDU/FDP stets betont, dass sie für den Erhalt aller Krankenhausstandorte einsteht und Schwierigkeiten bei den Plänen der Geschäftsführung sieht. Man befürchtet durch die Schließung des Klinikstandortes Lehrte, die Verkleinerung des Klinikums in Laatzen und die Infragestellung des Standortes Großburgwedels eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung im Umland und eine Konzentration in der Stadt Hannover. "Wir dürfen die Kommunen im Umland nicht abhängen, schließlich besteht die Regionsbevölkerung nahezu zu gleichen Teilen aus Stadt- und Umland. Bei der Versorgung von Haus- und Fachärzten haben wir bereits ein sich stärker entwickelndes Ungleichgewicht und das dürfen wir nicht auch bei der Krankenhaus- und der Notfallversorgung zulassen", sagt die stellvertretende Gruppenvorsitzende Christiane Hinze. Die Gruppe CDU/FDP hält die Medizinstrategie "für nicht ausgereift und deswegen für nicht beschlussfähig. Aus diesem Grund lehnen wir die heute im Aufsichtsrat der KRH beschlossene Strategie ab". CDU/FDP erkennen an, dass es zweifelsfrei derzeit eine schwierige Situation für die Krankenhäuser in der Region, aber auch in ganz Deutschland ist. "Nicht umsonst wurden beziehungsweise wurden neue gesetzliche Regelungen von Land und Bund auf den Weg gebracht. Dennoch gibt es noch einiges, was gegen die geplanten Änderungen beim KRH spricht", so die Gruppe. So fange es unter anderem damit an, "dass die vorangegangene Medizinstrategie, die bereits das Ziel hatte, die KRH besser aufzustellen, bis heute nicht vollständig umgesetzt wurde. Es geht um Planungen beziehungsweise Vorstellungen, die weder durch die Region Hannover noch das Land Niedersachsen finanziell abgesichert sind und weiter um neue Vorschläge bzw. Alternativen, die bisher nicht beachtet wurden, wohl aber Wert sind, einmal darüber zu sprechen". "Mit dem wiederholten Hinweis von Seiten der Geschäftsführung der KRH und dem Regionspräsidenten, dass man zu den Ersten gehört, die solche einschneidenden Änderungen bei ihren Kliniken herbeiführen, will man sich besonders hervorheben. Krankenhauspolitik und die medizinische Versorgung der Bevölkerung sollten jedoch keine Prestigeprojekte sein, sondern nur das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger als Ziel haben. Wir appellieren daher an die Mitglieder der Regionsversammlung, sich dieses vor Augen zu führen, wenn es um die Abstimmung zur Medizinstrategie 2030 geht", sagt Brandt abschließend.